

Masterplan Umwelt und Gesundheit NRW

Anhang III



Handlungsinstrumente für mehr Umweltgerechtigkeit – Empfehlungen

Zusammenstellung von Handlungsempfehlungen aus:

- Projekten im Masterplan (1. Erschließung der Potenziale ortsnahe Grün- und Spielflächen unter den Gesichtspunkten Umwelt, Gesundheit und soziale Lage. 2. Planspiel Lärmaktionsplanung)
- Difu-Projekt „Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum“
- DUH „Strategien für Umweltgerechtigkeit“
- Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Umweltgerechtigkeit im MKULNV

Handlungsempfehlungen Umweltgerechtigkeit

- **Situationsanalyse:**
 - Lebensumfeld der Menschen als Ansatzpunkt
 - Der Masterplan soll eine Methodik vorgeben, wie eine sachgerechte Situationsanalyse aussehen soll, um verschiedene Fragestellungen der Stadtentwicklung zu beantworten
 - Zielgruppengerechter Bedarf / Sozialräumliche Belastungsanalyse erstellen, um Belastungscluster zu identifizieren: dazu vorhandene Datenbestände und Monitoringansätze in den Bereichen Soziales, Umwelt und Gesundheit nutzen, verknüpfen und weiterentwickeln (z. B. Sozialberichte, Gesundheitsberichte,...)
 - Möglichkeiten eines zentralen Datenmanagements prüfen
 - Mehrfach belastete städtische Teilräume (Quartiere) identifizieren:
 - Mögliche Schnittstellenfunktion zur Statistikstelle mit Blick auf die daten- und indikatorengestützte Identifizierung mehrfach belasteter städtischer Teilräume (Quartiere) prüfen

- Plausible, stabile sowie gesamtstädtisch und kleinräumig verfügbare Indikatoren auswählen
 - Handhabbares Indikatorenset
 - Verfügbarkeit von Daten und Zusammenführung vorhandener (ggf. von kleinräumigen) Gesundheitsdaten verbessern
- Mehrfachbelastungen mittels Geographischen Informationssystem, wenn möglich kleinräumig darstellen und visualisieren
- **Politische Verankerung**
 - Der Politik sind Notwendigkeit und Mehrwert der Implementierung von Umweltgerechtigkeit zu vermitteln, z. B. ist der Wert von Grünflächen für die Stadtentwicklung zu betonen
 - Leitbilder und Ziele mit Blick auf Umweltgerechtigkeit gemeinsam von Kommunalpolitik und -verwaltung entwickeln sowie öffentlich kommunizieren und diskutieren
 - Klare politische Willenserklärung (z. B. politischer Beschluss): Chefsache zur Aufwertung mehrfach belasteter Gebiete im Kontext von Umwelt, Gesundheit und soziale Lage
 - Implementierung von Umweltgerechtigkeit kommunalpolitisch beschließen, begründen und konzipieren.
 - Sensibilisierung für das Thema durch Verbreitung, z. B. über Netzwerke
 - Auf Landesebene: Erfahrungs- und Wissensaustausch fördern und Arbeitshilfen anbieten
 - z.B. Daten-, Informations- und Kommunikationsplattformen bereitstellen.
- **Integriertes Verwaltungshandeln**
 - Rollen und Zuständigkeiten von Verwaltung identifizieren und Abläufe für eine dauerhafte Integration des Themas Umweltgerechtigkeit festlegen – Federführung klären
 - Kommunikation und Zusammenwirken der für Umweltgerechtigkeit relevanten Verwaltungsbereiche (insbesondere Stadtplanung/ Stadtentwicklung, Umwelt/Grün, Gesundheit, Soziales, Jugendbereich, und der Statistikstellen) sicherstellen
 - z.B. durch die Etablierung von fachübergreifenden Arbeitsstrukturen unter Einbeziehung der verschiedenen Fachbereiche (z. B. Schaffung einer gemeinsamen AG oder Informationsplattform, kommunaler Newsletter)

- Erarbeitung einer gemeinsamen kommunalen, gebietsbezogenen Handlungsstrategie und entsprechender Handlungsprogramme für die Umsetzung
 - Finanzielle und personelle Ressourcen prüfen und Qualifikation des Personals verbessern
 - Zusammenführung der verschiedenen Stränge in den Ressorts stärken
- **Konkrete Handlungsinstrumente / Umsetzungsinstrumente**
 - Synergien zu anderen Planungen (Stadtentwicklungsplanung, Verkehrsentwicklungsplanung...) nutzen, mit dem Ziel eine Finanzierung von Maßnahmen unter Berücksichtigung der Belange von Umwelt, Gesundheit und Sozialer Lage gemeinsam umzusetzen.
 - Integration und Verankerung des Aspekts Umweltgerechtigkeit in die Städtebauförderung Partizipation aufbauen und fördern:
 Aufbau von geeigneten Kooperations- und Beteiligungsstrukturen zur Einbeziehung verschiedener, relevanter Akteure:
 - Wohnungswirtschaft als Akteur der sozialen Stadterneuerung
 - betroffene Bewohnerinnen und Bewohner
 - beteiligungsferne Bevölkerungsgruppen
 - Einbindung der Wissenschaft zu Fragestellungen der geeigneten Partizipation von z. B. Migrantinnen, Migranten, Multiplikatoren, Jugendlichen...
 - Multiplikatoren gewinnen und einbinden, bestehende Instrumente nutzen
 - z. B. Stadtteilinitiativen, Schulen, Gemeinden, Umweltverbände, Bürgerbüro, Quartiersmanager...)
 - Unterstützung und Motivation bereits engagierter Menschen
 - Änderung rechtlicher Rahmenbedingungen (z. B. Umweltverträglichkeitsprüfung)
 - Nutzung kommunaler Gesundheitskonferenzen
 - Relevante Förderprogramme von EU, Bund, Ländern und Kommunen auf ihre Eignung zur Finanzierung von Maßnahmen und Projekten für mehr Umweltgerechtigkeit in mehrfach belasteten städtischen Teilräumen prüfen.